

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Werkfähiger Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Direktionsrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/22.
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4729.

Nr. 30.

Berlin, Sonnabend, 12. April 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Vollversicherung. — Konferenz im Reichsversicherungsamt. — Geben des Reichs. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

Vollversicherung.

Seit etwa einem Jahre wird die Frage der Vollversicherung in der Presse und in Vereinen der verschiedensten Art mit einem Eifer erörtert wie niemals zuvor. Hat doch ein förmliches Wettlaufen begonnen um die Seele des kleinen Mannes, dem man alle möglichen Gelegenheiten geben will, sich zu versichern und dadurch Vorzüge zu treffen für die vielfältigen Ereignisse im Leben. Den Anstoß für diese Bestrebungen hat sicherlich die sogenannte „Volksfürsorge“ gegeben, eine Vollversicherung, die gemeinschaftlich von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine ins Leben gerufen worden ist. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß nicht auch schon früher Vollversicherungs-Einrichtungen bestanden hätten. Diese gibt es auch in Deutschland schon seit dem Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Auch der Plan der „Volksfürsorge“ ist natürlich nicht über Nacht gereift. Schon auf dem Gewerkschaftskongress in Köln 1905 wurde das Problem der Vollversicherung angefaßt, und wenn auch kein bestimmter Beschluß gefaßt wurde, so wurde doch ein Antrag, dem Vollversicherungsgedanken näher zu treten, der Generalkommission zur Erörterung überwiesen. Im Februar 1911 fand dann eine gemeinschaftliche Sitzung von Gewerkschafts- und Genossenschaftsvertretern statt, die eine besondere Studienkommission für die Frage der Vollversicherung einsetzte. Das Ergebnis aller dieser Besprechungen und Beratungen ist die am 16. Dezember 1912 gegründete „Volksfürsorge“, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft, mit dem Sitz in Hamburg, für welche die Gewerkschaften und Genossenschaften gemeinsam ein Aktienkapital von 1 Million M. gestiftet haben.

Ihren Betrieb hat diese „Volksfürsorge“ noch nicht aufgenommen. Wie der Vorsitzende der Gesellschaft, Herr v. Elm, auf dem Verbandstage der Zimmerer in Berlin kürzlich mitteilte, hat das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung die Genehmigung noch nicht erteilt, weil an den eingereichten Plänen und Tabellen noch Änderungen vorgenommen werden müßten. Es ist aber anzunehmen, daß in nicht allzuferner Zeit diese Genehmigung erteilt wird. Die „Volksfürsorge“ soll alle Arten der Versicherung betreiben, die auch von anderen Versicherungsgesellschaften in die Hand genommen worden sind. Der Unterschied soll darin bestehen, daß die „Volksfürsorge“ mehr leisten wird als die auf Erwerbszwecke gerichteten Gesellschaften. Denn, so sagt man, die Verwaltung wird deswegen eine viel billigere sein, weil keine allzu hohen Gehälter und auch keine Tantiemen an Direktoren und Aufsichtsräte bezahlt werden sollen. Das Aktienkapital soll sich nur mit 4 Proz. verzinsen, das Einkommen der Beiträge durch die überall im Lande verbreiteten Funktionäre, d. h. in diesem Falle die Kassierer der Gewerkschaften, die Konsumvereine usw. vorgenommen werden. Diese Tätigkeit soll im wesentlichen ehrenamtlich sein; nur eine ganz geringe Entschädigung soll gezahlt werden.

Schon der ganze Organisationsplan deutet darauf hin, daß den Ansporn zur Gründung dieses Versicherungsunternehmens weniger die Sorge für den kleinen Mann gegeben hat. Man darf ruhig

behaupten, daß dabei auch politische Momente eine gewichtige Rolle spielen. Trotz aller Ablehnungsverdächtigungen von jener Seite soll ein neues Initiationsmittel für die Sozialdemokratie und die mit ihnen eng verbundenen „freien“ Gewerkschaften geschaffen werden. Das will man, wie gesagt, auf jener Seite nicht wahrhaben, es trifft aber sicherlich zu. Mit dem Inkrafttreten der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Krankenversicherung werden zahlreiche sozialdemokratische Initiatoren, die bisher in Krankenkassen Beschäftigung fanden, nicht mehr untergebracht werden können. Da bietet die „Volksfürsorge“ einen guten Ausweg, insofern diese Leute mit höheren Agentenstellen u. dergl. bedacht werden. Denn trotz der Betonung der ehrenamtlichen Tätigkeit werden für manche Voten, die die Tätigkeit eines Menschen ganz in Anspruch nehmen, auch Gehälter gezahlt, zum Teil ganz ansehnliche; ist doch für den Voten eines Generalagenten der jährliche Betrag von 30 000 M. ausgesetzt worden.

Zweifellos hat die außerordentliche Verbreitung der Vollversicherung in Deutschland den Anstoß gegeben, diese Einrichtung politischen Zwecken dienstbar zu machen. Denn die Vollversicherung hat in verhältnismäßig kurzer Zeit eine ungeheure wirtschaftliche Bedeutung gewonnen. Zunächst einige Worte über den Begriff der Vollversicherung, der keineswegs ein feststehender ist. Von der eigentlichen Lebensversicherung haben die ärmeren Schichten der Bevölkerung keinen Vorteil gehabt, weil sie die vierteljährlichen oder alljährlichen hohen Beiträge, die Prämien, wie man sie nennt, nicht zahlen konnten. Um nun auch den sogenannten kleinen Leuten die Möglichkeit der Lebensversicherung zu geben, ging im Jahre 1882 die Aktiengesellschaft „Friedrich Wilhelm“ in Berlin daran, eine sogenannte kleine Lebensversicherung zu schaffen, deren Grundlagen auch heute noch maßgebend sind für die Vollversicherung. Die „Friedrich Wilhelm“ verzichtet bei dieser kleinen Lebensversicherung auf die ärztliche Untersuchung. Sie führte weiter Wochen- oder Monatsprämien ein, um die Beitragsleistung zu erleichtern. Der Höchsttag der Versicherungssumme wurde auf 1500 Mark festgelegt, und endlich wurde in die Versicherung die Kriegsversicherung ohne Extraprämien aufgenommen.

Das Unternehmen der „Friedrich Wilhelm“ war von Erfolg gekrönt und reizte zur Nachahmung an. Im Jahre 1892, also 10 Jahre später, erstanden die „Viktoria“ Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft zu Berlin auf dem Plane, die wohl in der Hauptstadt durch ihre gute Organisation bald die „Friedrich Wilhelm“ weit hinter sich ließ. Andere Gesellschaften folgten; einige davon aber gaben den Geschäftsbetrieb wieder auf. Der Stand ist augenblicklich so, daß die „Friedrich Wilhelm“ und die „Viktoria“ zusammen mindestens drei Viertel des gesamten deutschen Vollversicherungsgeschäftes umfassen.

Um ein Bild zu geben, welche Bedeutung der Vollversicherung beizumessen ist, mögen hier einige Zahlen angeführt werden: Am Ende des Jahres 1900 betrug die Zahl der Vollversicherungen im Deutschen Reich 3 243 937; 10 Jahre später, also Ende 1911, war diese Zahl auf 8 057 698 gestiegen. Die Summen, auf die man sich versichert hatte, beliefen sich Ende 1900 auf 615 040 019 M. und waren Ende 1911 gestiegen auf 1 624 013 291 Mark. Da über 8 Millionen Vollversicherungen abgeschlossen sind, ergibt sich, daß auf jeden achten Deutschen eine Versicherung entfällt. Nieht man auch die große Lebensversicherung mit in den Rahmen der Berechnung, so kommen auf je 100 Personen in Deutschland 15,5 Versicherte. In

Amerika und in England sind diese Zahlen wesentlich höher. In Amerika kommen auf 100 Einwohner etwas über 33 Policeninhaber, in England mehr als 68. Dabei muß aber erwähnt werden, daß hier der Versicherungsgedanke schon viel früher sich geltend gemacht hat, nämlich schon im Jahre 1854. Jedenfalls lassen die angeführten Ziffern mit hinreichender Deutlichkeit erkennen, was die Versicherung für das Wirtschaftsleben bedeutet.

Natürlich haben sich diejenigen Gesellschaften des stärksten Zuspruchs zu erfreuen, die bei niedrigsten Beiträgen oder Prämien die höchsten Leistungen aufzuweisen haben. Das Streben der Gesellschaften ging also in erster Linie dahin, möglichst niedrige Prämien zu schaffen. Trotz der starken Konkurrenz aber muß gesagt werden, daß die Vollversicherung noch immer zu teuer ist. Die Gesellschaften, die die Vollversicherung betreiben, wollen natürlich daran verdienen und ihr Aktienkapital möglichst gut verzinsen. Die Tantiemen für die Aufsichtsratsmitglieder sind auch nicht gerade gering. Zwar sind Einkommen, wie sie der frühere Direktor Gerstenberg von der „Viktoria“ in den letzten Jahren seiner Tätigkeit bezogen hat, keine Alltäglichkeiten. Dieser Herr erhielt nämlich über 700 000 M. jährlich oder etwa 2000 M. täglich. Indessen auch bei andern Gesellschaften werden für die Aufsichtsratsmitglieder ganz stattliche Summen gezahlt, die natürlich durch die Beiträge mit aufgebracht werden müssen. Aber auch die Organisation der Vollversicherung verursacht erhebliche Kosten. Schon dadurch, daß die Beiträge wöchentlich oder monatlich eincolliert werden müssen, ist ein ganzes Heer von Kassierern notwendig. Die Eintragung aller der kleinen Voten in die Bücher wiederum hat zur Folge, daß ein ungeheures Bureaupersonal angestellt werden muß. Dadurch verteuert sich natürlich die Verwaltung außerordentlich und erhebliche Summen werden den Versicherten selbst entzogen.

(Fortsetzung folgt.)

Konferenz im Reichsversicherungsamt.

Vom 4. April ab hat im Reichsversicherungsamt unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Kaufmann eine Konferenz mit Vertretern der Landesversicherungsämter, Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten getagt. Den ersten Punkt der Beratungen bildete die Stellungnahme der Versicherungsanstalten zu den Anträgen auf Heilverfahren der freiwillig Versicherten im allgemeinen, sowie solcher Personen, die als versicherungsfreie Beamte auf Grund früherer Pflichtversicherung sich freiwillig weiterversichern. Die Mehrheit der Vertreter der Versicherungsanstalten war der Ansicht, daß freiwillig Versicherte hinsichtlich der Gewährung des Heilverfahrens grundsätzlich nicht anders zu behandeln seien als die Zwangsversicherten. Man war sich ferner darüber einig, daß die Einleitung eines Heilverfahrens für die in Frage stehenden Beamten regelmäßig von der Leistung besonderer Zuschüsse, sei es der Beamten selbst oder der sie beschäftigenden Behörden, abhängig zu machen sei.

Sodann wurde die Frage erörtert, in welchem Umfange die Landesversicherungsanstalten Fälle von Simulation oder krankhafter Rentenminderung beobachtet haben. Auf Grund des Ergebnisses der Beratung stellte der Vorsitzende als einstimmige Ansicht der Anwesenden fest, daß Simulation, mag sie das Krankheitsbild ganz oder teilweise bestimmen, sehr selten auftritt. Das Gleiche gelte von der Rentenpomphe, die noch seltener beobachtet werde als auf dem Gebiete der Unfallversicherung. Wenn

auch bisweilen krankhafte oder nichtkrankhafte Uebertreibung festgelegt worden sei, so sei diese keine Eigentümlichkeit der Arbeiterversicherung, sondern eine allgemeine menschliche Erscheinung, die zum Teil auch in den Zeitverhältnissen begründet sei. Man darf gespannt sein, wie sich Leute vom Schlage eines Friedensburg usw. zu diesen Feststellungen äußern werden. Es sind Sachverständige, die hier ihre Meinung zum Ausdruck gebracht haben, jedenfalls Instanzen, die auch auf Grund ihrer Unparteilichkeit ein maßgebendes Urteil abzugeben imstande sind.

Ein weiterer Punkt der Beratung betraf die Herabsetzung der Altersgrenze für die Gewährung der Altersrente auf das 65. Lebensjahr. Bei dieser Frage einigte man sich dahin, daß ihre Prüfung nicht für sich, sondern in Verbindung mit der vom Reichstage geforderten Prüfung über die finanzielle Wirkung einer Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahr vorzunehmen sei. Die Mehrkosten wurden von dem Berichterstatter auf Grund der von den Versicherungssträgern vorgenommenen Auszählungen auf jährlich 4 1/2 Millionen M. für das Reich und 9 1/2 Millionen M. für die Versicherungsträger veranschlagt.

Zur Erörterung stand ferner die wichtige Frage, was die Versicherungsanstalten zur Befämpfung der Geschlechtskrankheiten tun könnten, die, wie von verschiedenen Seiten anerkannt wurde, eine nicht minder große Gefahr für die Volksgesundheit seien wie die Lungentuberkulose. Das Ergebnis dieser Erörterungen fasste der Vorsitzende dahin zusammen, daß es ermutigend sei, wenn die Versicherungsanstalten sich noch mehr als bisher an dem Kampfe gegen die Geschlechtskrankheit beteiligten.

Gegen die Uebertreibung der Ausfertigung von Quittungsfarten an die Krankenkassen wurden technische Bedenken geltend gemacht. Bezüglich der Entwertung der Beitragsmarken einigte man sich dahin, daß als Entwertungsart allgemein für jede Beitragswoche der Sonntag, nicht der Sonnabend angegeben sei.

Gaben des Meeres.

Obgleich viele Menschen noch an der alten Klosterweisheit festhalten, daß Fisch kein Fleisch ist, hat namentlich seit einigen Jahren eine außerordentliche Steigerung des Fischverbrauchs stattgefunden. Natürlich ist dieser im weitestlichen auf die hohen Fleischpreise zurückzuführen; gefördert wurde er aber auch durch die bessere Organisation des Fischfanges und des Fischhandels. Unsere Hochseifischerflotte ist ganz erheblich vergrößert und die Beförderung der Ware bis tief in das Binnenland eine zweckentprechendere und schnellere geworden. Gemeinden, Fabrikkolonien und Vereine beziehen Seefische im großen, um sie zu wohlfeilen Preisen im einzelnen wieder abzugeben. Von gemeinnütziger Seite werden Fischochskurie veranstaltet; ganz allgemein sucht man die breite Masse über den Nährwert des Seefisches zu belehren und seinen Bezug zu erleichtern.

Es leuchtet ein, daß bei dem starken Verbrauch die Befürchtung einer Verarmung des Meeres an eßbaren Fischen aufkommt. Diese Befürchtung ist nicht so ganz unberechtigt, wenn man ermißt, wie außerordentlich groß die Gaben sind, die allein die nordeuropäischen Meere in jedem Jahre der Volksernährung liefern. Es gibt eine Vereinigung der an die nordeuropäischen Meere grenzenden Staaten für internationale Meeresforschung, die in Kopenhagen ihren Sitz hat. In der neuesten Fischereistatistik dieser Vereinigung wird mitgeteilt, daß die Ausbeute der nordeuropäischen Meere an Fisch jährlich 2320 Millionen Kilogramm im Wert von 380 Millionen M. beträgt, eingeschlossen die Herings- und Dorschfischerei Frankreichs, das an die Vereinigung nicht angeschlossen ist. Es sind bei diesem Ertrage des Meeres nur die Fische gerechnet, alle übrigen Gaben, wie Krebse, Austern und anderes, nicht. Nach einem neuesten Werk des Professors Pr. Schott von der Deutschen Seemarte über „Geog. abie des Atlantischen Ozeans“ ist der wichtigste Nachweis, wie wohl allgemein angenommen wird, der Hering, der im Gebiet der britischen Inseln, der Nordsee, längs der nordwestlichen Küste, auf der großen Newfoundlandbank und an der Südküste von Labrador in einer Masse von etwa 1050 Millionen Kilogramm jährlich gefangen wird, die einen Wert von 125 Millionen M. haben. Nach der Statistik der genannten Vereinigung ist jedoch der Ertrag noch erheblich höher. Es werden nach dieser Quelle allein in den nordeuropäischen Meeren 1030 Millionen Kilogramm im Wert von 134 Millionen M. gefangen.

Von dem Gesamttertrag der letztgenannten Meere entfallen auf England mit Island etwa 1136 Millionen Kilogramm im Wert von 215 Millionen M., es folgt Norwegen mit 611 Millionen Kilogramm Fang, jedoch nur 47 Millionen M. Wert. In Norwegen sind die Fische sehr wohlfeil. An dritter Stelle steht Deutschland mit einem Fang von 129 Millionen Kilogramm im Wert von 29 Millionen M. Es folgen dann Holland mit einem Wert von 30 Millionen M., dabei aber geringerem Fang als Deutschland, Schweden 13 Millionen, Dänemark gleichfalls 13, Island 6, Belgien 5, Rußland 5 und die Faröer-Inseln mit 1 Million M. Wert. Auffällig verschieden ist der in den einzelnen Ländern für die Fische gezahlte Preis. Das Kilogramm wurde im Durchschnitt bezahlt in Norwegen mit 8 Pfg., in England mit 21, Deutschland 23, Holland 26, Dänemark 33 und in Belgien mit 52 Pfg. Natürlich ist das nicht so zu verstehen, als ob nun etwa ein Kilogramm Heringe oder Schellfisch in Norwegen 8 Pfg., in Belgien aber 52 Pfg. koste, sondern der Durchschnittspreis wird in jedem Lande mit danach bestimmt, ob mehr teure oder billige Fische gefangen und verbraucht werden. Allerdings bestehen in den verschiedenen Ländern auch für die gleiche Fischsorte sehr erhebliche Preisunterschiede. So kostete das Kilogramm Schellfisch in Deutschland im Großhandel 21 Pfg., als es in Norwegen mit 10 und in Holland mit 32 Pfg. bezahlt wurde. Trotz der Billigkeit wird in Norwegen wenig Schellfisch gefessen, während er in Deutschland und Holland zu einer beliebten Volkswaise geworden ist. Bemerkenswert ist auch der erhebliche Preisunterschied, der in den einzelnen Ländern für sogenannte „Eisfische“ besteht. So wurde die an norhemischen deutschen Tafeln beliebte Seezunge bei uns das Kilogramm mit 2,79 M., in Holland gar mit 3,03 M., in Dänemark jedoch nur mit 1,85 M. bezahlt. In diesem Lande kostet auch das Kilogramm Steinbutt nur 0,75 M., während es bei uns 1,70 M. und in England 1,72 M. gilt. Es ist auffallend, daß der Preis dieses Fisches sich zwischen den drei Ländern, die so schnelle und vielfache Transportverbindungen haben, nicht mehr ausgleicht.

Der Wert des übrigen Meeresertrages belief sich auf 13 Millionen M., wobei der Gesamtwert der Fischerei etwa 400 Millionen M. im Jahre beträgt. Er ist eher höher als geringer, da diese Zahlen, wie das sich aus den Schwierigkeiten internationaler Statistik erklärt, einige Jahre alt sind und gerade die Hochseifischerei sich seitdem erheblich weiter entwickelt hat. Die Statistik umfaßt, wie schon oben erwähnt, unter Ausschluß Frankreichs hauptsächlich nur Nord- und Ostsee, Norwegisches Nordmeer, Island, Küsten von Irland, West-Schottland, West- und Süd-England und die Мурманküste.

Es sind gewaltige Gaben, die uns das Meer ununterbrochen beibringt. Aber wie der beste Acker, so vermag auch das Wasser schließlich, wenn mit seinen Schätzen Raubbau getrieben wird. Der Fischreichtum des Ozeans und besonders auch der deutschen Meere, ist nicht unerschöpflich. Die internationale Meeresforschung bemüht sich daher, über die Lebensbedingungen der Seefische Klarheit zu gewinnen, um auf Grund dieser Erkenntnisse neue Maßregeln zum Schutze der Seefische vorschlagen zu können.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 11. April 1913.

Die Forderung einer Reform des Arbeitsrechts, wie sie von unserem letzten Verbandstage aufgestellt worden ist, wird erfreulicherweise von immer weiteren Kreisen aufgenommen und vertreten. Am 5. April hat der Landtagsabg. Stadtrat Dr. Fleck dieses Thema auch in einer vom Fortschrittlichen Volksverein und Fortschrittlichen Arbeiter- und Angestelltenverein zu München gemeinsam einberufenen Versammlung erörtert. An das mit großem Interesse und starkem Beifall aufgenommene Referat knüpfte sich eine lebhaft diskutierte, die sich bis Mitternacht hinzog. Das Ergebnis der Aussprache war die nahezu einstimmige Annahme folgender Resolution:

I. Die Versammlung erkennt es als dringende Notwendigkeit an, die Fragen des Arbeitsverhältnisses, die heute vorwiegend als Wirtschaftspragen entschieden werden, einer rechtlichen Regelung zu unterwerfen. Eine solche Regelung liegt gleichmäßig im Interesse sowohl der mit ihrer ganzen Existenz an den Arbeitsvertrag gebundenen Arbeitnehmer im engeren Sinne (Staats- und Gemeindearbeiter, Privatarbeiter und Privatangestellten), wie auch des gewerblichen Mittelstandes, der auf die Arbeitsaufträge vieler Arbeitgeber, seiner Kunden angewiesen ist, wie endlich auch der Arbeitgeber als solcher, da alle Teile heute je nach

wechselnden Machtverhältnissen unter die Gewalt anderer Vertragsparteien geraten können. In diesem Sinne ist das bisherige Gewaltsverhältnis in ein Rechtsverhältnis zu verwandeln.

II. Notwendig ist besonders die Weiterbildung schon bestehender Einrichtungen und die Schaffung neuer Rechtsnormen a) zur Sicherung der Fortdauer des Arbeitseinkommens während unverfälschter Unterbrechung der Arbeitsfähigkeit oder Arbeitslosigkeit; b) zur Ergänzung des Arbeitseinkommens durch staatliche und kommunale Einrichtungen zugunsten der Familie; c) zur Sicherung der persönlichen Freiheit des Arbeiters wie des Arbeitgebers in allen Dingen, auf die sich der Arbeitsvertrag nicht erstreckt, gegen den Mißbrauch tatsächlicher Uebermacht.

III. Die Versammlung erwartet, daß die Fortschrittliche Volkspartei alsbald an die Ausführung des in Mannheim gefassten Beschlusses herantritt. Darin heißt es, daß die Partei mit aller ihr zu Gebote stehenden Mitteln eintreten werde für „Ausbau und Vereinfachung des Arbeitsrechtes vor allem durch Umwandlung des Arbeitsverhältnisses in ein geordnetes Rechtsverhältnis“. Die Programme aller Parteien sind bezüglich des Arbeitsrechtes durchaus ungenügend. Im Gegensatz einerseits zu den realistischen Parteien, die den Arbeitsvertrag als ein Gewaltverhältnis hinstellen wollen, im Gegensatz andererseits zu der Sozialdemokratie, die den Arbeitsvertrag aufheben und durch eine kollektive Gewaltordnung ersetzen will, ist es die Aufgabe des Liberalismus, eine Reform des Arbeitsvertrages im Geiste moderner Rechtsordnung zu fordern. Die Fortschrittliche Volkspartei hat die Verpflichtung übernommen, auf diesem Wege voranzugehen.

Soffentlich findet dieser Appell offene Ohren. Denn die nächsten Parteitagbeschlüsse helfen nichts, wenn sie nicht auch praktisch zur Durchführung gebracht werden.

Zurückgeschlagener Angriff der Gelben. Am 21. Juni 1912 brachte der „Regulator“ einen Artikel über die gelbe Bewegung, in dem den Anhängern dieser Richtung recht bittere Wahrheiten gesagt wurden. Es wurden verschiedene Urteile von Sozialpolitikern und Industriellen angeführt, die nicht gerade schmeichelehaft für die Gelben, gleichviel welcher Schattierung, sind. Den Schluß des Artikels bildeten folgende Sätze:

„Der Verzicht auf das Koalitionsrecht, die Preisgabe des Rechtes der Arbeitsbeweigerung ist und bleibt ein Stück Feigheit. Feige ist derjenige, der sich selbst freiwillig seiner besten Waffe beraubt, während sein Gegner dieselbe Waffe gegen ihn schwingt. Feige für seine Verjan und unermantlich seinem Stände und der Zukunft seiner Kinder gegenüber.“

Die Jugendlosigkeit zu einem gelben Verein kann keinen Charakterfesten aufrechten. Weiter auf die Dauer befriedigen, denn will er seinen Arbeitskollegen, die den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen aufgenommen haben, ins Auge sehen, dann kann er das nicht, er muß sich innerlich schämen.

Die paar Pfennige Mehrverdienst, die solche Selbstentmanung mit sich bringen kann, die sind wahrlich teuer genug bezahlt mit der Betrugung aller ehlich denkenden Arbeiter.

Ein Arbeiter, der aus persönlichem Vorteil seinen Stand schädigt, ist zu bebauern.“

Durch diese Ausführungen fühlten sich zwei Führer der gelben Bewegung, ausgerechnet zwei Diktatorbeamtete, beleidigt und stellten Strafverlangen. Der erste Termin vor dem Schöffengericht Saarbrücken sollte am 25. November sein. Dieser wurde auf Antrag der gelben Partei vertagt. Mitte Dezember kam es dann zur Verhandlung, die mit einer Freisprechung des Angeklagten, indes Koll. G. Leichauß, endigte. Darauf legten die Gelben Berufung bei der Strafammer ein, die den ersten Termin auf den 7. März 1913 bestimmte. Wieder auf Betreiben der Gelben wurde dieser Termin in letzter Minute vertagt. Der neue Termin der Strafammerverhandlung wurde nun auf den 4. April festgesetzt. Aber auch diese Verhandlung sollte nicht stattfinden: am letzten Tag, kurz vor der angelegten Zeit, gegen die Gelben die eingeleitete Berufung zurück, jedoch das freisprechende Schöffengerichtsurteil rechtskräftig geworden ist.

Vom 21. Juni 1912 bis zum 4. April 1913 hat diese Klage gedauert, sie kostet den Gelben einen schönen Baken Geld. Die Hauptfrage aber ist: Es bleibt bei dem, was im „Regulator“ gestanden hat.

Die Aussperrung in der niederrheinischen Seidenindustrie ist am 3. April unter der Mitwirkung der Regierung und nachdem der Zentralverband christlicher Textilarbeiter erklärt hatte, daß seine Mitglieder in den Färbereien die Arbeit wieder aufnehmen würden, wenn sämtliche Betriebe geöffnet würden, vom Verbands der Seidenindustriellen aufgehoben worden. Die ausgesperrten Sammet- und Seidenwebere haben danach geschloffenen die Arbeit wieder aufgenommen, soweit dieselben momentan eingestellt werden konnten.

Anders bei den Färbereiarbeitern. Die übergroße Mehrheit der Färber, die im „freien“ Zentralverband deutscher Textilarbeiter organisiert sind, hatte bekanntlich kurz vor Aufhebung der Ausperrung mit 1755 gegen 7 Stimmen beschlossen, den Streik fortzusetzen. Die Arbeitgeber glaubten aber, daß die Christlichen vollständig zur Arbeit antreten und auch aus den Reihen der Freiorganisierten sich mancher Arbeitswillige finden würde. Auch setzte man große Hoffnungen auf importierte Streikbrecher. Es folgte jedoch eine arge Enttäuschung. Abgesehen davon, daß die Christlichen mit ihren 245 organisierten Färbereiarbeitern und Arbeiterinnen, von denen ein sehr großer Teil nur Hilfsarbeiter sind, die Betriebe überhaupt nicht ausreicht erhalten konnten, waren auch die Bemühungen der Arbeitgeber um Arbeitswillige, die etwas von der Färberei verstanden, vergebens. Wohl wurden 100 Mann, sogenannte Sinde-Gardisten, aus Hamburg angeworben und unter harten polizeilichem Schutz auf die Betriebe verteilt; aber diese Leute sind alles andere nur keine Färber. Ihre „Nützlichkeit“ stellte sich auch bald heraus, sodaß mehrere Firmen diese Elemente als unbrauchbar wieder absahen.

Interessant ist auch zu beobachten, wie die Christlichen es sich angelegen sein ließen, ihr gegebenes Wort einzuhalten und ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Es mußten mehrere Abstimmungen vorgenommen werden, um endlich, wenn auch nur eine ganz schwache Majorität für die Aufnahme der Arbeit zu erhalten. Praktisch war jedoch das Resultat gleich Null. Von den 245 christlichen Färbereiarbeitern traten nur 61 die Arbeit an. Aber auch diese haben zur Hälfte die Arbeit wieder aufgegeben, sodaß nur noch einzelne in den verbleibenden Betrieben beschäftigt sind. Es nimmt sich da recht eiaentümlich aus, wenn von dem christlichen Zentralverband immer wieder in öffentlichen Bekanntmachungen betont wird, daß die Mitglieder die Arbeit aufgenommen haben. Denjenigen aber, die bis zum 9. d. Mts. dieser Aufforderung nicht nachgekommen sind, wird Verlust der Mitgliedschaft angedroht. Aber es hilft alles nichts. Auch der Vorwurf der Christlichen, daß die Verbände in Elberfeld-Barmen Streikarbeit machen, wird von einer dortigen Firma energisch zurückgewiesen. Um die „Arbeite“ aufrecht zu erhalten und die Arbeitswilligen zu heben, sind in den Färbereibetrieben gegen 80 fremde Schulpflichte einquartiert.

So hat sich die Bewegung zu einem Skandal zwischen den beiden Verbänden entwickelt, und die Letzttragenden sind — die Arbeiter. Wir werden später noch ausführlich auf diese Bewegung zurückkommen.

Zur Bergarbeiterbewegung in Oberschlesien ist zu sagen, daß auf folgenden 24 Gruben bzw. Schachtanlagen von der Polnischen Berufsvereinigung die Kündigung eingereicht worden ist: Kömmer-Emma-grube, Hüdaufgrube, Bradegrube, Carlshagen-grube, Donnersmarckgrube, Radzionka-grube, Sugo-Swangergrube, Hedwigsmünchgrube, Reatensglückgrube, Brandenburggrube, Mathilde-grube, Gottwardtschacht, Preußengrube, Anna-grube, Feinigrube, Heinrichsglückgrube, Gott mit uns Grube, Neu-Franzgrube, Eminenzgrube, Rhein-grube und auf den Georg v. Giesche'schen Erben gehörigen Schächten Garner, Kaiser und Rüdthofen.

Im ganzen kommen in Oberschlesien 58 Kündigungsgruben in Frage. Auf 34 Anlagen ist also die Kündigung nicht eingereicht worden. Wie die Tagespresse mitteilte, sind bei den Grubenverwaltungen 10 868 Unterschriften eingegangen. Andererseits wird behauptet, es seien mehr als 13 000 Unterschriften abgegeben. Wie die Tagespresse weiter zu berichten wußte, sollen die Unterschriften auf ihre Echtheit geprüft werden, da sich herausgestellt habe, daß nicht alle echt seien. Auch der Berliner „Arbeiter“ will Beweise dafür in Händen haben, daß nicht alle Unterschriften von den Trägern der Namen selbst in die Listen eingetragen wurden. Hauptsächlich beruht diese Annahme auf einem Irrtum; denn es kommt in solchen Fällen vor, daß die Originallisten beidmüht werden und dann wohl Abschriften eingekandt werden.

Welche Stellung die Grubenverwaltungen bzw. der Berg- und Hüttenmännliche Verein einnehmen, ist noch nicht bekannt. Letzterer soll in diesen Tagen eine Sitzung abgehalten haben. Auf einigen Gruben sind Vertrauensleute, die sich um die Unterschriften bemüht hatten, fürgerband unter Auszahlung von 14 Tagen Lohn entlassen worden. Diese Grubenverwaltungen wollen dadurch ohne Zweifel abschreckend wirken. Ob sie mit einem solchen brutalen Machtwort ihr Ziel erreichen? Wir möchten sehr bezweifeln, daß eine derartige Handlungsweise beruhigend auf die übrigen Arbeiter

einwirkt. Der Wind jact, hat noch stets Sturm geerntet.

Arbeiterbewegung. Die am 8. April wieder aufgenommenen Einigungsverhandlungen im Malergewerbe müssen als gescheitert angesehen werden. Ueber das Tariffschema war bei den zweitägigen Beratungen wohl eine Einigung insoweit zustande gekommen, daß die Arbeitgeber die Erklärung abgeben konnten, sie wollten es ihren Mitgliedern zur Annahme empfehlen unter der Voraussetzung, daß auch in der Lohnfrage eine Verständigung erzielt würde. Damit ist eigentlich der bisher immer angegebene Grund der Ausperrung hinfällig geworden. Was die Löhne betrifft, so wurde von den Arbeitgebern das Angebot gemacht, eine Lohnerhöhung von 3 Pfa. im ganzen Reich auf die ganze Vertragsdauer eintreten zu lassen. Darauf gaben die Vertreter der Gehilfenorganisationen die Erklärung ab, daß sie das Angebot ablehnen müßten, da es selbst noch unter die in den Schiedssprüchen festgesetzten Löhne herunterginge. Sie halten eine Verständigung für eine Reihe von Lohngebieten auf der Grundlage der Schiedssprüche ohne weiteres für möglich. Dagegen könnten sie für einen weiteren Teil von Lohngebieten die in den Schiedssprüchen festgelegten Bedingungen nicht als ausreichend anerkennen, weil die örtlichen Verhältnisse nicht genügend gewürdigt worden sind. Außerdem habe sich die Situation durch die Ausperrung wesentlich verändert, weil durch den inzwischen erfolgten Abschluß zahlreicher einzelner und korporativer Sonderverträge, u. a. mit dem Bunde deutscher Dekorationsmaler, die Schiedssprüche ohne weiteres für möglich. Dagegen Arbeitgebern ohne weiteres Entgegenkommen nicht zu erwarten war, während die Gehilfen erneut zu erkennen gaben, daß sie eine Verständigung auf der Grundlage ihrer Erklärung sehr wohl für möglich hielten, wurden die Verhandlungen abgebrochen. — In der Berliner Serrontkonfektion ist der Friede wieder eingeehrt. Die Einigungsverhandlungen haben den Arbeitern eine allgemeine Lohnerhöhung von 7—10 Proz. und für einzelne Positionen noch darüber hinaus gebracht. Wenn auch nicht alle Forderungen der Gehilfen erfüllt worden sind, empfahlen die Führer der Organisationen doch die Annahme der Vorschläge, was denn auch mit mehr als Dreiviertel-Mehrheit geschah. Der Tarif läuft bis zum 30. April 1917. — Im Baugewerbe dauern die örtlichen Verhandlungen, die erst am 19. April abgeschlossen zu sein brauchen, noch fort. An den meisten Orten ist eine Verständigung erzielt worden, während man hier und da auch jedes Entgegenkommen abgelehnt hat. Trotz alledem sind die Aussichten auf einen friedlichen Verlauf der Bewegung nicht ungünstig. Ein klares Bild allerdings kann man erst erhalten, wenn aus allen Verhandlungsgebieten die Resultate vorliegen. — Nach 43 wöchiger Dauer ist der Kampf der Tischler an den Unterweserorten beendet. Es wurde ein 3 Jahre laufender Tarif abgeschlossen, in dem die 9½stündige Arbeitszeit sowie eine Erhöhung der Löhne bewilligt wurde.

Ein merkwürdige Logik entwickelt der „Vorwärts“ in einer Besprechung über den Zusammenbruch der bisherigen beiden Zentralorganisationen der Unternehmer zur „Kreuzung“ der Deutschen Arbeitgeberverbände. „Das sozialdemokratische Zentralorgan sagt nämlich dazu:

„Der Zusammenbruch der Unternehmer zu einer einheitlichen Kampforganisation, die gegen die Arbeiterorganisationen gerichtet ist, sollte die christlichen und sonstigen abseits stehenden Arbeiter veranlassen, alle Sonderbündnisse zu beseitigen und sich in der sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften ebenfalls zu einer einheitlichen Organisation als Antwort an das Unternehmertum zusammenzuschließen.“

Zunächst interessiert hier wieder die Zusammenstellung von sozialdemokratischer Partei und „freien“ Gewerkschaften. Aber das nur nebenbei! Der „Vorwärts“ verlangt ohne weiteres von den Arbeitern, daß sie sich der sozialdemokratischen Partei anschließen, auch wenn sie garnicht auf dem Boden derselben stehen. Die größten Gewinnsummen also sind dem „Vorwärts“ als Parteigenossen willkommen. Welche Kurzsichtigkeit aber spricht aus jener Aufforderung! Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Stärke der Unternehmerorganisation darauf beruht, daß sie niemand nach seinem Glauben und nach seiner Parteizugehörigkeit fragt. Jeder ist in der Unternehmerorganisation willkommen, der seine Interessen der Arbeiterschaft gegenüber energisch wahrnen will. Wenn diese Bestrebungen von Erfolg gekrönt gewesen sind, so liegt doch wahrlich nichts näher, als daß die Arbeiter nach dem-

selben Rezept verfahren. Sie dürfen auch niemand fragen, welches religiöse oder politische Glaubensbekenntnis er hat, sondern müssen ihre Organisation ohne Rücksicht auf diese Momente aufbauen. Das haben die Deutschen Gewerksvereine getan. Wer also der Unternehmerorganisation eine ebenbürtige Macht gegenüberstellen will, der darf nicht Propaganda machen für eine einseitige politische oder kirchlich beeinflusste, sondern für eine neutrale, nach jeder Richtung hin unabhängige Organisation. Das sind einzig und allein die Deutschen Gewerksvereine. Zu diesem Ergebnis hätte auch der „Vorwärts“ kommen müssen, wenn nicht sein Blick durch die Parteibrille getrübt wäre.

Ein hübsches Spiegelbild von dem Größenwahn der „Genossen“ entwirft in dem „Soz. Monatsheften“ ihr Parteifreund Kadlof. Bekanntlich stammt alles Gute und Vernünftige in der Welt von der Sozialdemokratie her, während die gesamte bürgerliche Gesellschaft bisher so gut wie nichts geleistet hat. So ungefähr kann man es tagtäglich in der sozialdemokratischen Presse lesen. Demgegenüber vergleiche man das, was Kadlof sagt:

„Gerade jetzt ist es angebracht sich die Erinnerung an eine große Zeit zurückzurufen, um zu zeigen, daß nicht alles wertlos ist, was wir an Kulturwerten von der bürgerlichen Gesellschaft übernommen haben. Man braucht nur an die Regeneration Preußens vor 100 Jahren zu denken, man braucht nur die großzügigen Reformen des Freiherrn von Stein zu betrachten, um sofort zu erkennen, wie grundbesetzt es ist alle Großtaten, die aus dem Bürgertum oder den herrschenden Schichten überhaupt kommen, misachten zu lehren. Und doch finden wir eine solche gering-schätzbare Behandlung vielfach in unserer sozialdemokratischen Literatur und fast regelmäßig, so oft jener Dinge gedacht wird, in unserer Presse. Dieht man sie, so hat man den Eindruck, als ob so ziemlich alles, was von anderen als von Sozialdemokraten geleistet worden ist, nur minderwertig, wenn nicht kultur-schädlich gewesen ist. Auf der andern Seite leiden wir an einer Ueberspannung des Selbstgeföhls, an einer Ueberhebung des von uns wirklich oder vermeintlich Erreichten. Es wird der Anfänger erweckt, als hätten wir trotz der stärksten Hemmnisse bedeutend mehr erreicht als alle anderen vor uns. Dieser Selbsttäufung muß entgegengetreten werden; sie hindert uns unsere Arbeit richtig einzuschätzen, sie erzeugt in uns Vorstellungen von dem Tempo unserer Machtvermehrung, wie sie in dem Maß der Wirklichkeit gar nicht entsprechen kann. Die Distanz zwischen Wunsch und Erfüllung muß besser abgeschätzt werden. Die sozialdemokratische Bewegung im allgemeinen wie unsere Frauenbewegung im besonderen leiden an diesem Uebel.“

Besser könnte der Dünkel der „Genossen“ wirklich nicht gekennzeichnet werden. Selten wird der Denkfetzel aber deswegen doch nichts.

Eine Vermehrung der weiblichen Hilfskräfte soll im Eisenbahndienst vorgenommen werden. Wie ein kürzlich veröffentlichter Erlaß des preussischen Eisenbahnministers erkennen läßt, hat sich die Beschäftigung weiblicher Personen mit einfachen zeichnerischen Arbeiten so gut bewährt, daß in mehreren Direktionsbezirken bereits eine Erhöhung der Zahl dieser Arbeitskräfte in Aussicht genommen ist. Eine Eisenbahndirektion hat weibliche Personen auch im Betriebsbüro mit gutem Erfolge beschäftigt. Ihre Tüchtigkeit bestand dort im Zeichnen der bildlichen Fahrpläne und bildlichen Darstellungen über Zugverbindungen und Zugbelegung, sowie in der Abänderung der im Gebrauch befindlichen Fahrpläne. Der Minister empfiehlt daher im Hinblick auf diese an verschiedenen Stellen gesammelten günstigen Erfahrungen den Eisenbahndirektionen, auf eine vermehrte Heranziehung weiblicher Personen zum Zeichnerdienst auch im Betriebsbüro Bedacht zu nehmen.

Die Beseitigung des Freizügigkeitsgesetzes verlangt Dr. Heinrich Budor in den antiemittitischen „Deutsch-sozialen Blättern“. Da die Redaktion dieses offiziellen Organs der antiemittitischen Partei den Artikel ohne jede Zusatzbemerkung aufgenommen hat, muß man annehmen, daß die politische antiemittitische Partei zum Freizügigkeitsgesetz die von Herrn Dr. Heinrich Budor gekennzeichnete Stellung einnimmt. Der Verfasser meint, die Freizügigkeit hätte, anstatt sie zu erleichtern, ja sie sogar ganz frei zu geben, erschwert werden müssen, und führt sodann aus: „Es ist dringend an der Zeit, dieses Gesetz aufzuheben und statt eines Freizügigkeitsgesetzes ein Heimatsgesetz zu schaffen, das die Menschen an die

Scholle bindet — zu ihrem eigenen Glück und zum Wohle ihres Vaterlandes!

Die Arbeiter wissen das Freizügigkeitsgesetz als eines der höchsten ihnen verliehenen Rechte zu schätzen; sie werden nunmehr auch wissen, was sie von den Antisemiten zu halten haben — falls sie es noch nicht gekostet haben sollten.

Das Verbot des Streikpostenstehens, das in dem Schweizer Kanton Basel gilt, soll in ähnlicher Form nun auch für Zürich eingeführt werden. Der Große Stadtrat hat sich in mehreren Sitzungen mit dem vorjährigen Generalstreik beschäftigt und nach erregten Debatten einen Antrag angenommen, der vom Stadtrat energische Maßnahmen bei Streikunruhen, namentlich bei einem drohenden Generalstreik, und das Verbot des Streikpostenstehens bei Ausschreitungen fordert.

Derartige Ausnahmegesetze in der freien Schweiz machen einen recht peinlichen Eindruck. Man sieht daraus, daß auch dort die Schärfermacher Oberwasser haben. Denn wenn das Streikpostenstehen auch nur „bei Ausschreitungen“ verboten sein soll, so weiß man ja, wie leicht solche Verbedingungen künstlich konstruiert werden können.

Gewervereins-Teil.

Luedlinburg. Der Ortsverband hielt seine erste diesjährige Versammlung in Zinnenrode ab. Eingangs gedachte der Vorsitzende, Kollege Hoffmeister, in warmen Worten des verstorbenen Kollegen Paul Schulze vom Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Luedlinburg. Weiter sprach er den Kollegen Langeheinecke und Jurchen vom Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Luedlinburg und den Kollegen Kellen, Betsart, Busse und Krone vom Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Thale für ihre 25jährige treue und vorbildliche Mitgliedschaft im Gewerverein Dank und Anerkennung aus. Nach Erledigung dieser Angelegenheiten erhielt der Kollege Saalman, Vorsitzender des Ortsvereins der Rader Luedlinburg, das Wort zu einem Referat über die Aussperrung im Radergewerbe und ihre Begleiterscheinungen. In anschaulicher Weise entlegte sich der Kollege des übernommenen Auftrags und erntete lebhafteste Zustimmung, die auch in der regen Diskussion zum Ausdruck kam. Sodann kam das 25jährige Jubiläum des Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter Reinshof und das damit verbundene Ortsverbandsfest zur Sprache. Jeder Ortsverein hat dem Ortsverbandsschriftführer bis zum 8. Mai seine Betreuer bzw. zwei der ältesten Mitglieder des Vereins, welche gewählt sind, das Fest mitzumachen, zu melden. Die Vorstände wurden weiter ermahnt, die Zahl der gewünschten Adressenbelegblätter (schleunigst beim Schriftführer) anzugeben. Das Geld wird von der Ortsverbandskasse ausgelegt und in der nächsten Versammlung eingezogen. Mit einem warmen Appell zu reger Mitarbeit wurde die Versammlung geschlossen.

F. r. Siedentopf, Schriftführer.

Verbands-Teil.

Frauen-Begräbnisliste des Verbandes der Deutschen Gewervereine (D. D.)
Leistung über eingezahlte Beiträge.

Monat März 1913.

Fabrik- und Handarbeiter: Einzelmitglied 3693 —72. **Frauen u. Mädchen:** Dantzig 3.04. **Rader** und **Grappische Berufe:** Halle 15,21. **Gemeindearbeiter:** Berlin 50,91. **Kaufleute:** Stettin 7,28. Einzelmitglied 2,84. **Wassianbau- und Metallarbeiter:** Wallmüh 4,16. **Vorsellarbeiter:** Einzelmitglied 1,56. **Schneider:** Breslau 1 —25, Dantzig 4,78, Schweidnitz 1,56, Neustadt 1,95, Einzelmitglieder 297 —99, Elbing —65. **Schuhmacher u. Lederarbeiter:** Warth —25, Giettau —50, Nieberich —25, Dantzig 2,05, Raumburg 8,12, Weisfels —75, Gera —25, Bärenau 7,50. **Textilarbeiter:** Forti 42,50. **Löpfer:** Jägerhof —25. **Gesamt 152,83 Mark.**

Berlin, den 4. April 1913.

R. Klein,
Hauptkassierer.

F. Reustedt,
Haupt-Kontrollleur.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewervereine (D. D.). Verbandsaus der Deutschen Gewervereine, Geschäftsverträge 221—228. Mittwoch, den 16. April, abends 8 1/2 Uhr, Vortrag des Bankmann Herrn Lewin über: „Bank- und Börsenwesen“. (2. Teil.) Vollständiges Erscheinen erwünscht. Gäste willkommen. — **Gewervereins-Vereinstafel (D. D.).** Sehen Domstadt, abds. 9—11 Uhr, Verhandlung des Ortsverbandes d. Deutschen Gewervereine (Grüner Saal). Gäste willkommen. — **Sonabend 12. April.** Maschinenbau- und Metallarbeiter Kl. Abends 9 Uhr im Martha-Haus-Restaurant, Minusplatz. Beratung über den Austritt aus der Kombination. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XIV.** Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal, Barfußstr. 17. Vortrag des Kollegen Angermann.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter- Sitzung im Burghof (Eisenbahnstr. 22). — **Stettin (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Janßen, Sandowstr. 42. — **Deffau. Gewervereins-Vereinstafel** jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr, Leubusstr. 1. Vereinslokal, „Gefan“, Marktstr. — **Eiberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung bei Roggenländer, Eiberfeld, Eisenstr. und Erholungstr. 66. — **Essen a. d. Ruhr (Ortsverband).** Sonntag, den 20. April, vormittags 10 Uhr, Vorstand- und Vertreter-Sitzung im Verbandshaus, Trophäenstr. 68. — **Franfurt a. O. (Gewervereins-Vereinstafel).** Jeden Freitag von 8—10 Uhr, Verhandlung im Vereinslokal, Marktstr. 16. Verbandskollegen herzlich willkommen! — **Selbststätten (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreter-Sitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 7—9 Uhr, Distriktsklub im Lokal von G. Simon, Alter Markt. — **Sachsen b. Kachsen.** Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Ludwig. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Restaurant „Wichhof“, Sagerstraße 2. Distriktsklub.

Hamburg (Gewervereins-Vereinstafel). Jeden Donnerstag, abds. 8 1/2 Uhr, in Altona, Elmblüthenstr. 44-50. — **Hannover (Ortsverband).** Sonntag, den 13. d. M., vormittags 11 Uhr, Aufsicht- und Vertreter-Sitzung bei Krämer, Mischgraben betreffend Personalangelegenheiten. — **Hannover-Kinder und Umgegend (Ortsverband).** Sonabend, 12. April, abends 7 1/2 Uhr, Ortsverband-Ausschreibung in der „Königsruhr“, Brückstraße 12. Sonntag, 13. April, Morgens 9 1/2 Uhr bei Hesse, Ostsee-Adolfstr. Vortrag des Verbandeskollegen 3. Regler. — **Hannover-Kinder und Umgegend (Ortsverband).** Monatsber. der Jugendabst. am Sonntag, nach dem 15. eines jeden Monats, morg. 10 Uhr im Linden bei Herrn Steinmetz. — **Gerne (Ortsverb.).** Jeden 1. Sonntag im Monat, Sitzung b. Wv. Wils. Ruhe, Bahnhoff. gegenüber der evang. Kirche. — **Verlohn. Distriktsklub** jeden 2. Mittwoch bei Hölpte. — **Verlohn u. Umgegend (Ortsverb.).** Sonntag, 13. April, nachm. 3 Uhr Ortsverbandber. bei Wellwinkel in Sandweg. Vortrag des Kol. Abteilung: „Ein neues Arbeiterrecht“. — **Köln (Ortsverb.).** 3. den 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Vertreter-Sitzung in der Venz-Erholung, Kreuzgasse. — **Leipzig (Gewervereins-Vereinstafel).** Die Verhandlungen finden jeden Mittwoch abends 9—11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Leipzig (Ortsverband).** Sonntag, den 13. April, nachm. 3 Uhr im Rest. Siefarth, über Seidener, Eingang Westernt. zu Paderborn. Vortrag d. Kol. Wegner-Hagen. — **Wahlheim-Ruhr.** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 10 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandshaus bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 33. — **Schweidnitz (Ortsverb.).** Sonabend, 24. Mai, Ortsverbanderversammlung im Vereinslokal, „Blauer Pfeil“. — **Stettin (Sängerchor d. Gewervereine).** Die Verhandlungen finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststraße 5. — **Stettin (Ortsverb.).** Distriktsklub, Sitzung jeden Montag, abds. 9 Uhr d. Rebel u. Donnerstag d. Winter 1. Bredom. — **Zegei (Distriktsklub für Zegei, Vorkogel u. Reichenborn).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 8—10 Uhr bei Krämer, Schillerstraße 28, Ecke Schönebergstraße. — **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Mauerstr. 62. — **Weisfels a. G. (Sängerchor „Harmoni“ der Deutschen Gewervereine).** Verhandlungen jeden Mittwoch, abds. von 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Rohlgarten“. — **Befangene Gewervereinskollegen** sind willkommen. — **Weisfels (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Distriktsklub im Hermanns Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 9 1/2 Uhr, Sitzung im Verbandshaus „Rheinthal“.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Bremervorhaben (Ortsverband). D. Klappstein, Schriftführer, Westendstraße, Johannisstr. 18 p. 1. — **Erzart (Ortsverb. der Brauer).** B. R. u. Mann, Vorsitzender und Schriftf., Kruppstr. 9. D. Klemm, Kass., Brauerstr. 18. — **Franfurt a. M. (Ortsverb.)** K. Steiner, Vorsitz., Neue Wallstr. 15. B. Dahmer, Schriftführer, Goetheweg 54. — **Hannover-Schlabach (Ortsverband).** S. Prinz, Schriftführer, Nibelungenstr. 62. — **Neustadt (Ortsverb. d. Schneider).** Runge, Kassierer, Adolphstr. 8. — **Wien (Ortsverb.)** E. Brauer, Schriftführer, Schillerstr. 3 I.

Anzeigen-Teil.

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerverein
Jahrgang 1912
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken
5, sonst 7 Mark
bei vorheriger Einsendung des Betrages.
NB. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.
Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

FAHNEN
Abzeichen u. sämtl. Vereinsbedarf zu n. billigen Preisen
Th. Berkop, Oppeln.

Schweidnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Vergütungsarten im Werte von 75 Pf. bei allen Ortsvereinsaffilierten. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer H. Wagner, Reichenb. Str. 17, Hinterhaus 1 Treppe.

Nedermünde und Umgegend (Ortsverb.). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten eine Reiseunterstützung von 1 Mark. Karten in Nedermünde, von Kollegen R. Berndt, Chausseestr. 19, in Fargelow b. Kollegen E. Zernitzow, Karlshofstr. 7.

Ladefeld (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis sowie Ortsverbandsgesamt befindet sich beim Kreisrat Brüggen, Eberstr. 12.

Baun. Durchreisende erhalten Winterabgabe 1 Mark und im Sommerabgabe vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei G. Gerbe, Kornmarkt 9.

Bornum (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten Ortsbescheinigung, Gewervereinsbureau, R. 11 Nr. 7. Dieselbe befindet sich auch d. Arbeitsnachweis.

Leipzig-Weß (Ortsverband). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten die Karten für das Ortsverbandsgesamt bei den Vereinsaffilierten. Für Abendrot und Nachtartier haben dieselben im „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstraße 25—27, Gültigkeit.

Him a. D. (Ortsverb.). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten 1 Mark Unterstützung beim Ortsverbandskassierer Greiner, Pfauenstraße 17.

Commerfeld (Ortsverb.). Durchreisende arbeitslose Kollegen erhalten das Ortsverbandsgesamt im Betrage von 50 Pf. beim Verbandskassierer Kol. Angenabe, Commerfeld, Krummstr. 108.

Cottbus (Ortsverband). Infolge Herberge befindet sich im „Infero zum preußigen Hof“, Raubergstraße 19, in der Nähe des Bahnhofs. Durchreisende Kollegen erhalten Herbergsarten bei den Ortsvereinsaffilierten und für den Ortsverband bei Kollegen Reinhold Brunzel, Gartenstr. 1.

Soran (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten 50 Pf. Ortsbescheinigung beim Kol. Otto Schindler, Entenmarkt Nr. 24 II.

Hork i. L. Für Durchreisende Unterstützung und Herberge bei August Müller, Fruchtstraße 6.

Friedrich Rammann, Neudentsche Wirtschaftspolitik
3. Veränderte Auflage.

Fortschritt (Buchverlag der „Hilfe“), G. u. S. G. Berlin-Schöneberg 1911.
Das anschauliche und feinsinnige geschriebene Buch behandelt in den 5 Hauptabschnitten 1. Das neue Wirtschaftsleben. 2. Die Materie in der Wirtschaft. 3. Der Währungsstand. 4. Die Organisation der Arbeit. 5. Der Staat im Wirtschaftsleben. Das Buch ist in dauerhaften Kleinformat für Gewervereinsmitglieder zum Bezugspreise von 3 M. einschließlich Porto vom Verbandsbureau zu beziehen. Bestellungen sind unter gleichzeitiger Einsendung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/23 zu richten.